

WIRTSCHAFTSTREUHÄNDER

MAG. HARALD HOUDEK

- STEUERBERATER ● UNTERNEHMENSBERATER
- GERICHTLICH BEEIDETER BUCHSACHVERSTÄNDIGER
- GEPRÜFTER FINANZSTRAFRECHTSEXPERTE

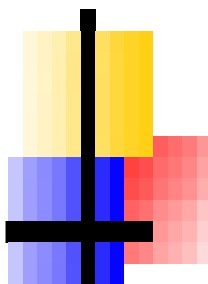
A-6020 INNSBRUCK – SILLGASSE 19

TEL. 0512 / 56 36 28 - FAX 0512 / 56 36 28-16

e-mail: office@wt-houdek.at - homepage: www.wt-houdek.at



Mag. Harald Houdek



Klienten-Info 2011

Sommer-Ausgabe 2011



Inhalt:

1	ABGABENÄNDERUNGSGESETZ 2011 – DIE WICHTIGSTEN STEUERÄNDERUNGEN VOR DEM SOMMER.....	2
2	FERIALJOBS: WAS KINDER IN DEN FERIEN VERDIENEN DÜRFEN.....	3
3	NEUES VON DER UMSATZSTEUER.....	4
4	FINANZPOLIZEI – WAS DARF SIE, WAS NICHT?	5
5	SPLITTER.....	5
6	TERMINE BIS SEPTEMBER 2011	7
7	NEU; BANKENBAROMETER UNSERE ERFAHRUNGEN MIT BANKEN UND ZINSVORENTHALTUNG	8

1 Abgabenänderungsgesetz 2011 – die wichtigsten Steueränderungen vor dem Sommer



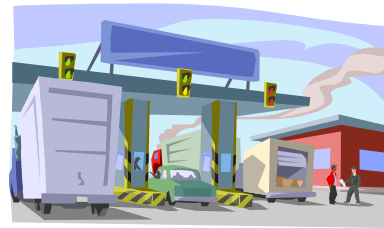
Die Bundesregierung hat im Mai 2011 bei ihrer Klausur am Semmering die Regierungsvorlage (RV) des Abgabenänderungsgesetzes 2011 (AbgÄG 2011) beschlossen. Die Beschlussfassung im Nationalrat ist noch vor der Sommerpause vorgesehen. Nachfolgend die für die Praxis wichtigsten Änderungen (die endgültige Beschlussfassung bleibt abzuwarten):

1.1 Ausweitung der Spendenbegünstigung

Die bereits ab 2009 auf mildtätige Organisationen und auf Entwicklungszusammenarbeit ausgeweitete **Spendenbegünstigung** (Absetzbarkeit von Spenden im Ausmaß von bis zu 10% des Vorjahresgewinnes bzw –einkommens) soll **ab 2012** nochmals erweitert werden, und zwar um Organisationen, die sich dem **Umwelt-, Natur- und Artenschutz** widmen, um **Tierheime** sowie **freiwillige Feuerwehren** und **Landesfeuerwehrverbände**. Die Bestimmungen für die Aufnahme in die Liste begünstigter Spendenempfänger sollen vereinheitlicht werden. Die **Höchstgrenze von 10% des Vorjahresgewinnes bzw –einkommens** soll **einheitlich für alle begünstigten Spenden** gelten. Die **elektronische Übermittlung der Spenderdaten** (Spendenbetrag und SV-Nummer) als Voraussetzung für die Abzugsfähigkeit der Spenden soll **ersatzlos entfallen**; für den Nachweis der Spenden werden daher weiterhin Überweisungsbelege oder Bestätigungen der Spendenorganisationen genügen.

1.2 Verschiebung Wertpapier-KESSt neu um 6 Monate

Das Inkrafttreten der mit dem BBG 2011 ausgeweiteten **KESSt-Abzugsverpflichtung der Banken auf Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen von Kapitalvermögen und auf Einkünfte aus Derivaten** soll **um 6 Monate auf den 1. April 2012 verschoben** werden, um den abzugsverpflichteten Banken einen längeren Zeitraum für die notwendigen technischen Umsetzungsmaßnahmen einzuräumen. Weiters sollen die mit dem BBG 2011 eingeführten Neuregelungen



bei der Besteuerung von Einkünften aus Kapitalvermögen sowie über den KESSt-Abzug in Detailpunkten präzisiert und klargestellt sowie Redaktionsversehen beseitigt werden.

Die neu geregelte **Wegzugsbesteuerung** soll vereinfacht werden. Eine KESSt-Abzugsverpflichtung soll künftig in allen Fällen der Wegzugsbesteuerung nur bestehen, wenn der Steuerpflichtige seinen Wegzug dem Abzugsverpflichteten meldet. Ergänzende Regelungen betreffen die Ermittlung der für den KESSt-Abzug relevanten Anschaffungskosten.

Nach Beschlussfassung des AbgÄG 2011 im Parlament werden wir Sie in der nächsten Klienten-Info über die neuen Inkrafttretensbestimmungen im Detail informieren.

1.3 Sonstige Änderungen bei der Einkommensteuer

- Es soll klargestellt werden, dass Kapitalerträge, die mit dem besonderen Steuersatz von 25% besteuert werden, nicht in die Bemessungsgrundlage für den **13%igen Gewinnfreibetrag** einbezogen werden können.
- **Nachzahlungen**, über die bescheidmäßig abgesprochen wird, und **Zahlungen aus öffentlichen Mitteln** sollen – unabhängig vom Zahlungsfluss – **steuerlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten** erfasst werden.
- Es soll „klargestellt“ werden, dass **Strafen** und **Geldbußen**, **Abgabenerhöhungen nach dem Finanzstrafgesetz** (zB der neue Verkürzungszuschlag) und **Leistungen anlässlich einer Diversion** steuerlich **nicht abzugsfähig** sind. Damit entfällt auch die bisher akzeptierte steuerliche Absetzbarkeit von (meist kleineren) Geldstrafen, wenn das Fehlverhalten in den Rahmen der normalen Betriebsführung fällt und die Bestrafung vom Verschulden unabhängig ist oder nur geringes Verschulden voraussetzt (zB Organstrafmandate, Strafe wegen Bauführung vor Baubewilligung).
- Bei **Arbeitnehmern**, die dem **Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz** unterliegen, sollen im Sinne einer Gleichbehandlung neben dem Urlaubsentgelt ausbezahlte **weitere sonstige Bezüge** in Höhe eines **Zwölftels** der bereits zugeflossenen, auf das Kalenderjahr umgerechneten laufenden Bezüge, mit dem **festen Steuersatz von 6%** besteuert werden können.

1.4 Änderungen bei der Umsatzsteuer

- Die Fälle des **Übergangs der Steuerschuld bei ausländischen Leistungserbringern** sollen eingeschränkt werden, und zwar hinsichtlich der sonstigen Leistungen betreffend die **Eintrittsberechtigungen** zu Veranstaltungen, wie Messen, Konferenzen, Seminare usw.
- Weiters soll ab 1.1.2012 zur Vermeidung von Umsatzsteuerbetrug für die **Lieferung von Mobilfunkgeräten** (insbesondere Handys) und **integrierten Schaltkreisen** ab einem Rechnungsbetrag von 5.000 € generell (somit auch für inländische Lieferer) der **Übergang der Steuerschuld (Reverse Charge)** eingeführt werden.
- In Umsetzung der Judikatur des EuGH ist der **ermäßigte Umsatzsteuersatz** nur auf **Pferde, die zur Schlachtung bestimmt sind**, anzuwenden.



1.5 Sonstige Änderungen

- **Flugabgabegesetz**
Mit den geplanten Änderungen des Flugabgabegesetzes sollen die **Flugzeuge mit einem höchstzulässigen Abfluggewicht bis einschließlich zwei Tonnen von der Abgabepflicht befreit** werden. Weiters sollen die mit der Abgabeneinhebung verbundenen Pflichten des Luftfahrzeughalters und des Flugplatzhalters angepasst werden.
- **Versicherungssteuergesetz**
Überweisungen des Deckungserfordernisses ab dem 1.1.2011 sollen von der Versicherungssteuer befreit bleiben, sofern diese auf der Übertragung von direkten Leistungszusagen vor dem 1.1.2011 beruhen.
- **Neugründungs-Förderungsgesetz**
Neu gegründete Betriebe sind im ersten Jahr für die beschäftigten Arbeitnehmer **von bestimmten lohnabhängigen Abgaben** (Dienstgeberbeitrag etc) **befreit**. Da jedoch bei diesen Betrieben häufig im ersten Jahr keine Arbeitnehmer beschäftigt werden, soll die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Begünstigung in beschränktem Umfang **auf drei Jahre ausgedehnt** werden. Der Begünstigungszeitraum soll jedoch wie bisher maximal 12 Monate umfassen.
- **Bundesabgabenordnung**
Wird im Falle der Berufung gegen eine Steuervorschreibung die Steuer zunächst bezahlt, in der Folge aber die Berufung gewonnen, so wird die bezahlte Steuer zwar wieder gutgeschrieben, derzeit allerdings ohne Verzinsung. Dieses einseitige Zinsenrisiko des Steuerpflichtigen soll dadurch beseitigt werden, dass ab 2012 im Falle der positiven **Erledigung einer Berufung** die **bereits bezahlten** und durch die Berufung wieder gutgeschriebenen Steuerbeträge **verzinst werden (Berufungsverzinsung)**. Weiters soll, um eine doppelte Berücksichtigung bzw eine Nichterfassung von Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben zu vermeiden, eine **neue Berichtigungsbestimmung** geschaffen werden, mit welcher innerhalb der 10-jährigen absoluten Verjährung in diesen Fällen die **Rechtsrichtigkeit der Besteuerung** hergestellt werden kann.



2 FERIALJOBS: Was Kinder in den Ferien verdienen dürfen

Wenn studierende Kinder für die Ferien einen **lukrativen Ferialjob** finden, so ist das sowohl für die Kinder als auch für die Eltern erfreulich. Für die **Eltern** kann ein Ferialjob allerdings auch zu **empfindlichen finanziellen Einbußen** führen.

Die gute Nachricht vorweg: Kinder unter 18 Jahren können ganzjährig beliebig viel verdienen, ohne dass **Familienbeihilfe** und **Kinderabsetzbetrag** gefährdet sind. Aufpassen muss man aber bei **Kindern ab 18 Jahren**: Um in diesem Fall die **Familienbeihilfe** und den **Kinderabsetzbetrag nicht zu verlieren**, darf das **steuerpflichtige Jahreseinkommen des Kindes** (nach Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen, Werbungskosten, Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen) **10.000 €** nicht überschreiten, unabhängig davon, ob es in den Ferien oder außerhalb der Ferien erzielt wird. Bei Gehaltseinkünften darf ein Kind daher insgesamt **brutto rund 12.439 € pro Jahr** (Bruttogehalt ohne Sonderzahlungen unter Berücksichtigung



von SV-Beiträgen bzw Werbungskosten- und Sonderausgabenpauschale) verdienen, ohne dass die Eltern um die Familienbeihilfe und den Kinderabsetzbetrag bangen müssen. Zu den für den Bezug der Familienbeihilfe und des Kinderabsetzbetrages „**schädlichen**“ **Einkünften** zählen nicht nur Einkünfte aus einer aktiven Tätigkeit (Lohn- oder Gehaltsbezüge, Einkünfte aus einer selbständigen oder gewerblichen Tätigkeit), sondern **sämtliche der Einkommensteuer unterliegenden Einkünfte** (daher beispielsweise auch Vermietungs- oder sonstige Einkünfte). Lehrlingsentschädigungen, Waisenpensionen sowie einkommensteuerfreie Bezüge und endbesteuerter Einkünfte bleiben außer Ansatz.

Folgende **Besonderheiten** sind noch zu beachten:

- Ein zu versteuerndes Einkommen, das in Zeiträumen erzielt wird, für die kein Anspruch auf Familienbeihilfe besteht (zB bei vorübergehender Einstellung der Familienbeihilfe, weil die vorgesehene Studienzeit in einem Studienabschnitt abgelaufen ist), ist in die Berechnung des Grenzbetrages nicht einzubeziehen.
- Auch das Einkommen des Kindes innerhalb von drei Monaten nach Abschluss der Berufsausbildung wird auf die schädliche Einkommensgrenze nicht angerechnet.
- Die Familienbeihilfe und der Kinderabsetzbetrag fallen übrigens nicht automatisch weg, sondern erst dann, wenn die Eltern den zu hohen Verdienst ihres Sprösslings pflichtgemäß dem Finanzamt melden. Wer eine solche Meldung unterlässt, riskiert zusätzlich zur Rückforderung der Familienbeihilfe und des Kinderabsetzbetrages auch eine Finanzstrafe!

Aus der **Sicht des Kindes** selbst ist Folgendes zu beachten:

- Bis zu einem **monatlichen Bruttobezug von 374,02 €** (Wert 2011) fallen wegen **geringfügiger Beschäftigung** keine Dienstnehmer-Sozialversicherungsbeiträge an. Liegt der Monatsbezug über dieser Grenze, werden dem Kind die vollen SV-Beiträge abgezogen.
- Bei Ferialjobs in Form von **Werkverträgen oder freien Dienstverträgen**, bei denen vom Auftraggeber kein Lohnsteuerabzug vorgenommen wird, muss ab einem **Jahreseinkommen** (Bruttoeinnahmen abzüglich der mit der Tätigkeit verbundenen Ausgaben) **von 11.000 €** für das betreffende Jahr eine **Einkommensteuererklärung** abgegeben werden. Eine Ferialbeschäftigung im Werkvertrag bzw freien Dienstvertrag unterliegt grundsätzlich auch der **Umsatzsteuer** (im Regelfall 20%). Umsatzsteuerpflicht besteht jedoch erst ab einem Jahresumsatz (= Bruttoeinnahmen inklusive 20% Umsatzsteuer) von mehr als 36.000 € (bis dahin gilt die unechte Steuerbefreiung für Kleinunternehmer). Eine Umsatzsteuererklärung muss seit 1.1.2011 ebenfalls erst ab Umsätzen von 30.000 € netto abgegeben werden.



3 Neues von der Umsatzsteuer

3.1 **Elektrofahrräder und Selbstbalance-Roller**

In einer Information des BMF wird klar gestellt, dass **Fahrräder mit elektrischem (Hilfs-)Motor und Selbstbalance-Roller (Segways)** als **Krafträder** im Sinne des UStG eingestuft werden. Daher gelten Lieferungen, sonstige Leistungen oder die Einfuhr, die im Zusammenhang mit der Anschaffung, Miete oder dem Betrieb von Elektrofahrrädern bzw Segways stehen, im Regelfall **als nicht für das Unternehmen ausgeführt**. Sie sind daher **vom Vorsteuerabzug ausgeschlossen**.

3.2 **Gilt die Umsatzsteuerjahreserklärung (noch) als konkludente Selbstanzeige?**



Wie bereits berichtet hat der UFS im Jahr 2010 – entgegen der bisherigen Verwaltungspraxis und der Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes (VwGH) - die Meinung vertreten wird, dass die bloße **Einreichung einer Umsatzsteuer-Jahreserklärung**, aus der sich eine Nachzahlung ergibt, auch im Falle der **sofortigen Entrichtung der Nachzahlung noch nicht die Voraussetzungen für eine (strafbefreiende) Selbstanzeige erfüllt**. Das Bundesministerium für Finanzen vertritt nach wie vor die Rechtsauffassung, dass sich mit der **Einreichung einer (berichtigenden) Umsatzsteuerjahreserklärung** und anschließender **umgehender Bezahlung der Restschuld eine gesonderte Selbstanzeige erübrigt** (vgl auch den diesbezüglichen Hinweis im Formular U 1, wonach bestimmte nachteilige Folgen der nicht zeitgerechten Entrichtung der Umsatzsteuer-Vorauszahlungen, wozu auch die Einleitung eines Finanzstrafverfahrens zählt, durch die umgehende Entrichtung der bereits fälligen Restschuld vermieden werden können).

Bis zur Klärung der Rechtslage durch ein allfälliges Verfahren vor dem VwGH bzw durch eine Gesetzesänderung wird auch vom BMF **empfohlen**, im Falle einer substantiellen Nachzahlung im Rahmen der Umsatzsteuer-Jahreserklärung **zur Sicherheit mit der Jahreserklärung auch eine schriftliche Selbstanzeige einzureichen**, die allen gesetzlichen Voraussetzungen einer Selbstanzeige (§ 29 FinStrG) entspricht.

4 Finanzpolizei – was darf sie, was nicht?



Mit dem Betrugsbekämpfungsgesetz 2010 wurde mit Wirkung ab 1.1.2011 die vormalige Sondereinheit KIAB (Kontrolle illegaler Ausländerbeschäftigung) in **Finanzpolizei** umgetauft und deren Rechte erweitert. Die nunmehrige Finanzpolizei stellt eine **Sondereinheit der Finanzämter** dar, welche die **Einhaltung abgabenrechtlicher, sozialversicherungsrechtlicher, gewerberechtlicher und glücksspielrechtlicher Bestimmungen** sowie der **Bestimmungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes** (AuslBG) überwachen soll. Im Zuge ihrer Tätigkeit werden von der Finanzpolizei auch die Bestimmungen des Strafgesetzbuches, insbesondere betreffend Sozialbetrug, so-

wie die Anzeigepflichten des Arbeitslosenversicherungsgesetzes überwacht. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist die Finanzpolizei nunmehr aufgrund von § 12 Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz (AVOG) zur

- **Betretung von Grundstücken und Baulichkeiten sowie Betriebsstätten, Betriebsräumen und Arbeitsstätten** sowie zur
- **Feststellung der Identität von Personen** und zur
- **Anhaltung und Überprüfung von Fahrzeugen und sonstigen Beförderungsmitteln** einschließlich der mitgeführten Güter

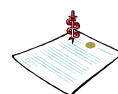
berechtigt, sofern Grund zur Annahme besteht, dass in diesen Räumen, Fahrzeugen oder von diesen Personen Zuwiderhandlungen gegen die von den Abgabenbehörden zu vollziehenden Rechtsvorschriften begangen werden. Gleichartige Befugnisse kommen der Finanzpolizei schon aufgrund § 26 Abs 3 und 4 AuslBG zu. Nach dem AuslBG ist die Finanzpolizei darüber hinaus berechtigt, bei Gefahr im Verzug **Ausländer für die Fremdenpolizei festzunehmen**, wenn Grund zur Annahme besteht, dass diese Ausländer einer **illegalen Erwerbstätigkeit** in Österreich nachgehen.

Die vorstehend dargestellten, nur **auf § 12 AVOG gestützte Handlungen** der Finanzpolizei dürfen allerdings **nicht mit Zwangsgewalt** vorgenommen werden. Um Zwangsmaßnahmen umzusetzen müsste sich die Finanzpolizei auf finanzstrafrechtliche Bestimmungen über die Festnahme (§ 85 FinStrG), Beschlagnahme (§ 89 FinStrG) und Haus- oder Personendurchsuchung (§ 93 FinStrG) stützen. Zur **Festnahme von Personen** ist die Finanzpolizei allerdings ohne entsprechende Anordnung des Vorsitzenden des Spruchsenats auch bei Gefahr im Verzug **nicht berechtigt**. Derartige **Festnahmen** sind den **Organen der Finanzstrafbehörden** oder der **Polizei** vorbehalten. Die **Beschlagnahme** sowie die **Haus- und Personendurchsuchung** steht aber bei Gefahr im Verzug auch der Finanzpolizei zu, ohne Vorliegen der dafür ansonsten nötigen Anordnung des Vorsitzenden des Spruchsenats.

5 Splitter

5.1 **Achtung: Mögliche Steuerpflicht bei ausländischen Versicherungsprodukten**

Die Steuerfreiheit von **Lebensversicherungen auf Basis von Einmalerlägen** (Mindestlaufzeit von 15 Jahren bei Vertragsabschlüssen ab 1.1.2011, davor 10 Jahre) hat dazu geführt, dass in den letzten Jahren auch zahlreiche **ausländische Lebensversicherungen auf Basis von Einmalerlägen** abgeschlossen wurden, die eine **individuelle Vermögensveranlagung** ermöglicht haben. Die Finanzverwaltung hat auf diese Entwicklung reagiert und Ende Dezember 2010 in den Einkommensteuerrichtlinien (EStR) Regelungen getroffen, wonach bestimmte **ausländische Versicherungsprodukte, die nicht mit inländischen Versicherungsprodukten vergleichbar sind**, steuerlich nicht mehr als



Lebensversicherung anerkannt und die **Kapitalerträge** der hinter der Versicherung stehenden Finanzprodukte **steuerlich direkt dem Versicherungsnehmer zugerechnet** werden.

Eine **Vergleichbarkeit mit inländischen Versicherungsprodukten** ist insbesondere bei jenen Produkten **nicht mehr gegeben**, bei denen

- tatsächlich **kein Versicherungsrisiko** seitens der Versicherung übernommen wird, dh wo im Ablebensfall kein Risikokapital von mindestens 5% des Deckungsstockes vorgesehen ist oder wo der Versicherungsfall erst nach dem Ableben mehrerer Personen vorgesehen ist;
- ein **Einmalerlag in Form eines Depotübertrages** möglich ist;
- für jeden Versicherungsvertrag eine **völlig individuelle Veranlagungsstrategie** besteht („private insuring“).



Die **laufenden Veranlagerungserträge** sind bei derartigen Produkten direkt beim **Versicherungsnehmer** zu erfassen (KESt-Abzug oder Aufnahme in Einkommensteuererklärung), wenn er laufend Einfluss auf die Zusammensetzung der ihm zuordenbaren Wertpapiere nimmt oder aber andere Indizien für eine **wirtschaftliche Dispositionsbefugnis des Versicherungskunden** (wie zB Auswahl der Depotbank bzw des Depotmanagers, Änderungsmöglichkeit der Veranlagungsstrategie während der Laufzeit, Depotrückübertrag bei Kapitalauszahlung) sprechen. Unabhängig von der ertragsteuerlichen Beurteilung kann für derartige Versicherungsprodukte aber auch **Versicherungssteuer** anfallen.

5.2 Neues Zuwanderungsmodell – Rot-Weiß-Rot-Karte

Im Zuge des Auslaufens der Übergangsregelung betreffend Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit für die mit 1.5.2004 der EU beigetretenen acht neuen Mitgliedstaaten wurde das AuslBG grundlegend überarbeitet und ein **neues kriteriengeleitetes Zuwanderungsmodell** geschaffen. Dieses neue Zuwanderungsmodell ist auf

- besonders hochqualifizierte Arbeitnehmer,
- Fachkräfte in Mangelberufen und
- sonstige Schlüsselkräfte

aus Drittstaaten anzuwenden. Für jede dieser drei Gruppen von Arbeitnehmern sieht das AuslBG nunmehr einen **Kriterienkatalog** vor (Anlagen A, B und C zum AuslBG). Anhand dieses Kriterienkatalogs (in dem zB Ausbildung, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse und Alter berücksichtigt werden) werden Punkte vergeben. Für die Einstufung in eine der drei vorgenannten Gruppen ist jeweils eine **Mindestpunktzahl** (zB bei Anlage A 70 von 100 Punkten) erforderlich. Wird diese Mindestpunktzahl im Einzelfall erreicht, so ist dem Arbeitnehmer **ein zunächst mit sechs Monaten befristetes Aufenthaltsvisum zur Arbeitssuche** zu erteilen. Wird in diesem Zeitraum ein Arbeitgeber gefunden, der eine adäquate Beschäftigung anbietet, erhält der Arbeitnehmer ohne Arbeitsmarktprüfung **eine auf zwölf Monate befristete „Rot-Weiß-Rot-Karte“**. Wird dieser Arbeitnehmer nun innerhalb dieser zwölf Monate zumindest zehn Monate entsprechend seiner Qualifikation im Inland beschäftigt, kann er nach Ablauf des Jahres eine **„Rot-Weiß-Rot-Karte plus“** beantragen, mit der er **in Österreich unbeschränkten Arbeitsmarktzugang** hat.



Ferner wurde der Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt für nachgezogene Familienangehörige, für ausländische Absolventen österreichischer Hochschulen und für ausländische Schüler und Studenten erleichtert. Schließlich wurde das bisher bestehende System der Erteilung von Beschäftigungsbewilligungen im Rahmen der bestehenden Landeshöchstzahlen abgeschafft. Dafür wurde ein neues **System für die befristete Zulassung ausländischer Saisoniers** geschaffen. Ferner wurde die Blue-Card-Richtlinie und die Sanktionenrichtlinie der EU umgesetzt.

5.3 VwGH: Grunderwerbsteuer bei treuhändig gehaltenem Zwerganteil



Der VwGH hat jüngst eine Entscheidung des UFS Innsbruck (siehe auch schon Klienten-Info 6/2010) zur **Grunderwerbsteuer** bestätigt. In seiner Entscheidung hat auch der VwGH (als letzte Instanz im Steuerrecht) die **treuhändige Zurückbehaltung eines 1-%igen Anteils an einer grundstücksbesitzenden GmbH** im Zuge der Übertragung der restlichen 99 % zwecks Vermeidung der Grunderwerbsteuerpflicht wegen Übertragung bzw. Vereinigung aller Anteile als **Missbrauch** eingestuft. Bei künftigen Unternehmensübergaben, Gesellschaftsverkäufen etc, bei denen zum Gesellschaftsvermögen auch Lie-

genschaften zählen, muss daher beachtet werden, dass durch Treuhandlösungen ohne gewichtigen außersteuerlichen Grund die Grunderwerbsteuer vom dreifachen Einheitswert nicht mehr vermieden werden kann.

6 Termine bis September 2011

Termin ab 1.7.2011

- **Familienbeihilfe – nur bis zum 24. Lebensjahr**



Mit dem BBG 2011 wurde die **allgemeine Altersgrenze für die Familienbeihilfe ab 1.7.2011 auf das vollendete 24. Lebensjahr herabgesetzt**. Diese verschiebt sich auf das 25. Lebensjahr bei Studien mit langer gesetzlicher Studierendauer, Praktika und Präsenzdienst. Die dreimonatige Weiterzahlung nach Abschluss der Schulausbildung gilt nur bei unmittelbar anschließendem Beginn der Berufsausbildung (zB Studium nach Matura

Termin 30.9.2011

- **Vorsteuererstattung für österreichische Unternehmen bis 30.9.2011**

Österreichische Unternehmer, die **Vorsteuern des Jahres 2010 in den EU-Mitgliedstaaten** geltend machen wollen, haben **bis 30.9.2011** Zeit, ihre Anträge elektronisch über FinanzOnline einzureichen. Bedingt durch das elektronische Verfahren **entfällt** generell die **Vorlage der Originalbelege** (auch keine Kopien), außer der Erstattungsmitgliedstaat fordert diese gesondert an. Unterjährig gestellte Anträge müssen rückerstattbare Vorsteuern von **zumindest 400 €** umfassen. Bezieht sich ein Antrag auf ein **ganzes Kalenderjahr bzw auf den letzten Zeitraum eines Kalenderjahres**, so müssen die Erstattungsbeträge **zumindest 50 €** betragen. Rückerstattungsanträge für **Vorsteuern 2010 aus Drittstaaten** müssen hingegen in den meisten Fällen **bis 30.6.** bei den jeweiligen ausländischen Finanzverwaltungen eingebracht werden (zB Schweiz, Norwegen).



- **Frist zur Einreichung der Jahresabschlüsse von Kapitalgesellschaften beim Firmenbuch**



Grundsätzlich sind die **Jahresabschlüsse von Kapitalgesellschaften innerhalb von 9 Monaten** nach dem Bilanzstichtag durch **Einreichung in elektronischer Form beim Firmenbuch** offen zu legen. Für Kapitalgesellschaften mit **Bilanzstichtag 31.12.2010** endet die Offenlegungspflicht daher am **30.9.2011**. **Kleinst-Kapitalgesellschaften**, bei denen die Umsatzerlöse in den zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag 70.000 € nicht überschritten haben, können die Einreichung des Jahresabschlusses sowie die Bekanntgabe der Umsatzerlöse weiterhin in **Papierform** vornehmen.

Wird die Verpflichtung zur Einreichung nicht fristgerecht erfüllt, droht eine automatische **Zwangsstrafe von mindestens 700 €**, die **jedem Geschäftsführer und** auch der **Gesellschaft** selbst vorgeschrieben und **auch mehrmals** verhängt werden kann. Im Falle der mehrmaligen Verhängung können die Zwangsstrafen bei mittelgroßen Kapitalgesellschaften bis zum **Dreifachen**, bei großen Gesellschaften sogar bis zum **Sechsfachen** angehoben werden.

Die **Eingabegebühr** beträgt bei **elektronischer Einreichung** für **GmbHs 29 €** und für **AGs 131 €**, die **Eintragungsgebühr 18 €**. Insgesamt betragen damit die Gebühren für einen elektronisch übermittelten Jahresabschluss bei einer GmbH 47 € und bei einer AG 149 €.

7 **NEU; Bankenbarometer** **Unsere Erfahrungen mit Banken und Zinsvorenthaltung**

Die **Hypo Tirol** verlangt tarifmäßig derzeit 12.33% für Verbindlichkeiten auf dem Girokonto. Dies ist meines Erachtens **unverschämt**. Bei Kontoüberziehung kommen nochmals 6% dazu – man darf dann mehr als 18% Zinsen zahlen – dies erübrigt sich wohl jeglichen Kommentars.



► **Unser TIPP:**

- 1) Verhandeln, verhandeln und noch mal verhandeln
- 2) Erkundigen Sie sich über die aktuellen Zinsen auf Ihrem Girokonto – Sie werden überrascht sein.

Geld für Pleitegriechen – unsere Klein- und Mittelbetriebe lässt man in Regen stehen:



Leider werden Kreditvergaben immer restriktiver, Hauptsache „unsere“ Banken haben Geld um unsichere griechische Staatsanleihen kaufen zu können. Wenn es nicht wahr wäre müsste ich sagen:

Schauen Sie mal auf die Unternehmenseite „Volksbankhöhle.com“, da gibt es was zu schmunzeln. Leider ist es offensichtlich bittere Wahrheit, was die Hausbank einem pensionierten Unternehmer zugefügt hat!

Fazit davon:

Vertrauen ist gut – Kontrolle immer besser!

